

Regionale Entwicklung verlangt politische Mitsprache

Hilmar Gernet, Kantonsrat, Schenkon

Ausgangslage (vgl. Einladung)

- „*Sursee ist gefordert*, für die Region die Dienste zur Verfügung zu stellen und
- die *Regionsgemeinden sind gehalten*, sich in diesen Prozess kreativ einzubringen.“

Gegenseitiger Prozess / Dialog / Austausch / Netzwerk – soll wohl zum Ausdruck gebracht werden.

Meinen Beitrag zum Thema will ich aus zwei Perspektiven beleuchten, die sich nicht klinisch-scharf trennen lassen, sondern ineinander und auch gegeneinander spielen: Historiker und Politiker (inkl. typischer Schenker - zugewandert aus Willisau)

Annäherung als Historiker

Martina Stercken, Kleinstadt, Herrschaft und Stadtrecht, Festschrift 700 Jahre Stadtrecht Sursee 1299-1999, Surseer Schriften Geschichte und Gegenwart 4, 1999

Zum Verhältnis der Stadt Sursee und dem Umland betrachten wir den Stadtrechtsbrief König Albrecht I. für die Bürger von Sursee vom 29. März 1299. Er regelt und garantiert Rechte und Pflichten und äussert sich zu grundsätzlichen Angelegenheiten des Zusammenlebens:

- o Wirtschaft / Wohlstand / Stadt als Friedensraum / Gericht:

- 1. „auf ewig“ Marktrecht innerhalb der Grenzen des Friedenskreises
- 2. „auf ewig“ Schultheissen-Gericht (Eigentumsragen, Fragen des Burgrechts und des Marktrechts)
- Finanzfragen:
 - 3. Sollte ein Bürger die Huld seines Herrn verlieren, so kann der diese Situation wieder ausgleichen, indem er die Bussenordnung für diesen Fall befolgt.
- Einbürgerung/Fusion:
 - 5. Sie dürfen keinen zum Bürger machen, der Konflikte in die Stadt bringt.
 - 6. Der Bürger, der jemanden mit einer Waffe verwundet, soll dies mit fünf Pfund wieder gutmachen, oder aber ihm wird die Hand abgeschlagen.
 -
- Zu jenem Zeitpunkt war Sursee „keine fertige Stadt“ – Konkurrenz durch Sempach
 - Herrschaftliche Landesverwaltung / regionaler Amtsmittelpunkt
 - Rolle als Finanzquelle für den König (Zinsen, Zölle, Gericht/Bussen)
- Stadt Sursee als Gebiet besonderen Rechts definiert (→ Schultheissen-Gericht → „auf ewig“ (!?))
- Persönliche Freiheiten (Erbrecht, Wahl des Leutpriesters, Schultheiss)
- Stadt als „Friedensraum“ erhalten → Auftrag bis heute / ausdehnen auf Region → miteinander reden → einander nichts schlechtes unterstellen → nicht sich der Illusion hingeben, man sei als einziger der „Sachpolitik“ verpflichtet, während alle andern Interessenpolitik betrieben

Annäherung als Politiker

Alles ist im Kanton Luzern und in unserer Region im Fluss. Das heisst aber nicht, dass alles den Bach hinuntergeht – im Gegenteil. Verschiedene Entwicklungen und Konzeptionen überlagern sich oder stehen z.T. im Streit miteinander:

- 3-Regionen-Kanton

- Richtplanung → regionale Entwicklungsträger (Gemeindeverband, AG, Verein)
- Gerichts- und Verwaltungskreise (Grundbuch, Regierungstatthalter, Untersuchungsrichter/Staatsanwaltschaft)
- Stadt-Land-See
- Regionales Zentrum Sursee (2. Kapitale)
- Förderung von Stadt/Agglo Luzern und des ländlichen Raums, inkl. Zentrum Sursee (Botschaft des Regierungsrats, B174)
- Individuelle Präferenzen
- Kommunikationsraum
- Wirtschaftsraum
- Wohnraum
- Kulturraum (Operette – Kulturwerk 117)
- Gemeinden aus dem Umland wollen sich der Region Sursee anhängen bzw. von der Dynamik profitieren (z.B. Wauwil, Amt Willisau)

Die grosse Gefahr besteht nun darin, dass die Verfechter einzelner Konzepte ihre Vorstellung, ihr Konzept von Zukunft absolut setzen. Von da ist es dann nur noch ein kleiner Schritt zur Ideologie, zur eindimensionalen Rechthaberei, die nur noch wenig mit den Lebenswelten der Leute zu tun haben, die hier leben und arbeiten. Das wäre dann die Absage an die Liberalität, an eine liberale Haltung. Gerade das, was ein städtische Region auszeichnet. Denn wir kennen ja aus der Geschichte auch das Motto: Stadtluft macht frei. Gerade Städte – auch Landstädtchen – müssen Differenzen und Unterschiede ertragen. Selbst wenn es um etwas so wichtiges wie die Zukunftsentwicklung unserer Region geht.

Fallbeispiel „Vision Industrie Süd Sursee“

Lassen sie mich an einem Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit zeigen, wie hier in Sursee zur Zeit der Kampf um die „richtige“ Vision der Zukunft geführt wird.

Surseer Woche, 3. April 2008:

Neuer Wohnraum auch ohne Fusionen? – Sursee macht sich Gedanken über die Zukunft des Industriegebietes Süd.

- „Sursee ist weitgehend gebaut, die Landreserven sind knapp geworden.“
- Stadtrat Radi Kaufmann: „Vision Industrie Süd Sursee“ → Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben und Nutzung (allfälliger Industriebrachen) als Wohnraum
- Stadtpräsident Ruedi Amrein: Alles seien wohlverstanden nur Visionen. Man werde das Thema behutsam – und in Absprache mit den Grundeigentümern – angehen.

Surseer Woche, 10. April 2008

„Vision Industrie-Süd“ stösst auf Kritik – Verein „Starke Region Sursee“ sieht Entwicklung zur Mittellandstadt in Gefahr

- Vision Industrie-Süd erhält vom Verein Starke Region Sursee „keine guten Noten“, der Stadtrat setze die „nachhaltige Entwicklung der Region aufs Spiel“. „Eine Vision, die in die Irre führt und weder den Interessen der Mittellandstadt Sursee noch ihrer Region dient.“
- Surenstadt habe primär zentralörtliche Leistungen zu erbringen und Raum für Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. An den umliegenden Gemeinden liege es, hauptsächlich Wohnraum zu schaffen.

Surseer Woche, 30. April 2008

Wakkerstadt Sursee – mitten am Rande? – Stadtgespräch Verein Historia Viva thematisierte künftige Entwicklungen des Siedlungsraumes.

- Hans Ueli Remund, Präsident der Surseer Stadtbaukommission: „Seine Vision sei, dass man miteinander Visionen entwickle.“ – „ Es hätte viel Platz für alle, aber es herrscht viel Futterneid.“
- Zur Diskussion, das Industriegebiet Süd teilweise für Wohnzwecke zu nutzen, meine Remund: „Kommt jemand mit neuen Ideen, ist sofort jemand mit einer kritischen Stellungnahme, einer Rechtfertigung, war diese Ideen falsch seien, zur Stelle. Es komme ihm vor wie bei einem Grümpelturnier, geisselte Remund die ‚Kultur der Leserbriefe‘, die in Sursee Urständ feiere:

„Es ist unglaublich, welchen Aufwand wir betreiben, um einander gegenseitig zu blockieren.“

Sie sehen, das Thema ist wirklich aktuell und es bewegt die Gemüter. Und hier ist nun wirklich die Politik gefragt. Die Diskussion aufzunehmen und in konstruktivem Sinne und geregelt weiterzuführen.

Politik = Verfahren zu Mehrheitsentscheiden

Politik kann, muss und darf hier als führende Kraft die Zukunftsentwicklung der Region an die Hand nehmen. Dabei ist selbstverständlich ein Zusammengehen mit einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung notwendig. Die Rolle der Politik ist nicht die des Schiedsrichters, sie stellt vielmehr das Spielfeld bereit. Politik stellt das Verfahren sicher, nicht das Produkt oder das Ergebnis. Dabei muss das politische Spielfeld einige Voraussetzungen erfüllen, um darauf eine gute Debatte führen zu können. Zentral sind für mich folgende Regeln:

- Auf dem politischen Spielfeld gibt es keine richtigen oder falschen Lösungen, sondern nur Lösungen, die mehrheitsfähig sind.
- Wenn „Mehrheitsfähigkeit“ in unserem demokratischen System (selbstverständlich innerhalb des Rechtsstaates und der Verfassung) das ausschlaggebende Kriterium ist, so für die Legitimation für derart getroffenen Entschiede die Beteiligung von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern, von möglichst vielen Betroffenen, von möglichst vielen Leuten mit verschiedensten Interessen anzustreben.

Aufgabe der Politik ist es, eine Plattform zu schaffen, die diesen Aushandlungsprozess ermöglicht, die möglichst aus Betroffenen Beteiligte macht

Lassen Sie mich hier den Link zum Projekt des 3-Regionen-Kantons machen, wie ihn Herr Dr. Zeidler vorgestellt hat. Ich bin der Meinung, dass das hier präsentierte Projekt in verschiedener Hinsicht nicht den Anforderungen genügt, die an eine demokratische, zeitgemässe Strukturreform gestellt werden müssen.

Luzern „verwurgelt“ am Strukturreform-Sandwich

Lassen sie mich die Strukturreform (Gerichte, Staatsanwaltschaft/Justizreform, Grundbuchkreise, Regierungsstatthalter, Richtplanung) mit einem Sandwich vergleichen, allerdings einem ohne Fleisch. Dieses Fleisch wären nämlich die Wahlkreise, die bewusst weggelassen werden, weil es da, um im Bild zu bleiben, wirklich um die Wurst geht.

Was hier vorgestellt worden ist, ist ein Riesen-Sandwich (Super-Big-Mac), an dem man „verwurglet“. Das bleibt einem im Hals stecken.

Ursprünglich war vorgesehen, alles mit allem zu verbinden. Alle Strukturreformen sollten über den gleichen Leist – sprich die 3 Regionen – geschlagen werden. Egal, ob die neuen Verwaltungsregionen mit den Lebenswirklichkeiten der Menschen wirklich etwas zu tun haben. Nur so kann man sich beispielsweise erklären, dass Gemeinden im Seetal – beispielsweise Schongau - in den gleichen Topf geworfen werden mit der Stadt und der Agglomeration Luzern. Oder dass es eine Region von Marbach bis nach Ufhusen oder Grossdietwil geben soll.

In der Zwischenzeit ist man in den zuständigen Departementen (Justiz- und Sicherheit sowie Bau- und Wirtschaft) zurückgekrebst. Man hat gemerkt, dass sich Widerstand formiert und will jetzt vorerst die relative unproblematischen Teile, die Gerichts- und Verwaltungsreform durchziehen, ohne sie mit der Richtplanung zu verknüpfen. Das scheint mir sinnvoll und im ambitiösen Zeitplan bis 1.1.2010 auch machbar.

Ein unakzeptables Manko bleibt: Es kann und darf nicht sein, dass der Kanton in drei grosse Richtplanungs-Regionen eingeteilt werden, die sozusagen alle wichtigen wirtschaftlichen, raumplanerischen, verkehrstechnischen, touristischen, ökologischen, die Aufgaben in den Bereichen Ver- und Entsorgung beinhalten am demokratischen Prozess vorbeigeschleust werden.

Die vorgesehene 3-Regionen-Konzeption führt dazu, dass die grossen/wesentlichen Entwicklungen im Kanton am Parlament – und damit an den Volksvertretern vorbeigeschleust werden. Gemeinden und Planer in der Verwal-

tung machen unter sich aus, was geht und was nicht. Es entsteht sozusagen eine vierte staatliche Ebene (Bund – Kanton – regionale Entwicklungsträger – Gemeinde). Hier zu zudem anzumerken, dass diese Entwicklungsträger in den verschiedenen Regionen auch noch in unterschiedlichen Rechtskleidern daherkommen: Idee Seetal als AG, RegioHER als Gemeindeverband und Luzern plus als Verein. Diese unterschiedlichen juristischen Gesellschaftsformen sehen verschiedene Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse, Verantwortlichkeiten, Rechenschaftsablagen etc. vor. Die politische Willensbildung, das Bündeln (Aggregieren) von Meinungen erfolgt sehr unterschiedlich. Dabei ist die demokratische Legitimation nicht in jedem Fall gegeben und vergleichbar. Diese Vielfalt hat durchaus ihre Qualitäten, aber auch ihre Risiken. Hier gilt es noch, akzeptierte und aufeinander abgestimmte Verfahren zu finden, was ich als Chance und Auftrag für die Politik verstehe. Auf keinen Fall aber will ich, dass eine – wie auch immer geartete – vierte Staatsebene installiert wird. Das widerspricht der demokratischen Grundkonzeption unseres bewährten Modells. So wie die Strukturreform jetzt aufgegleist ist, ist zu befürchten, dass die Leute dort, wo der Lebensraum wirklich gestaltet wird, sie kaum etwas zu sagen haben. Dieses Entwicklungen fehlt in meinen Augen die demokratische Legitimation.

Ohne Wahlkreise geht nichts

Aus diesem Grund werde ich mich dafür einsetzen, dass im Kontext der kantonalen Richtplanung unbedingt auch die Frage der Wahlkreise (bzw. des Wahlmodells → z.B. Puckelsheim) thematisiert wird. Denn bei dieser Frage geht es darum, dass die Leute direkt sowie über ihre demokratisch gewählten Vertreter auf den Planungsprozess Einfluss nehmen können. Diese politischen Einflussmöglichkeiten müssen sichergestellt und gewährleistet werden.

Ich hoffe, dass die neuen regionalen Entwicklungsträger, die die Regionen und damit den Kanton vorwärts bringen sollen, sich nicht nur um planerische und technische Entwicklungen kümmern, sondern vor allem auch Gehirnschmalz dafür verwenden, wie die Zukunft auch demokratisch weiterentwickelt werden kann. Ich bin vollkommen davon überzeugt, dass Entscheidungen nur tragfähig sind, wenn sie politisch entschieden werden. In diesem Sinne ist für mich regionale Entwicklung nicht von direktdemokratischer Mitsprache zu trennen.

Auf den Weg in die Zukunft müssen und wollen die Leute mitnehmen. Die Zukunft unserer Region und des Kantons Luzern ist zu wichtig, um sie Verwaltungen, Behörden und Politikern zu überlassen. Nur so kann, wie es schon in den Grundzügen der Surseer-Stadturkunde von König Albrecht I. 1299 hiess, Sursee „auf ewig“ ein Marktplatz – bleiben und zwar in doppelter Hinsicht: zum einen als prosperierender Wirtschaftsstandort und „Friedensraum“ sein, wo man friedlich und in jeder politischen Generation mit immer neuen Visionen zusammenlebt (auch mit denen von Schenk). Und zum andern ein Marktplatz der guten Ideen, wo ein intensiver (politischer) Wettbewerb der Konzepte gepflegt wird.

Abschliessend will ich die Ausgangsfrage der heutigen Veranstaltung beantworten, worin die Verantwortung der Mittelstadt Sursee für die Region bestehe.

In meinen Augen liegt die Verantwortung darin faire politische Prozesse und die Beteiligung der Bevölkerung zu ermöglichen. Mit andern Worten: eine besondere Verantwortung, eine spezielle Verantwortung hat die Stadt Sursee nicht. Sie muss auf Augenhöhe, mit den gleichen politischen Instrumenten, wie die umliegenden Gemeinden sich für die anstehenden Aufgaben (Fusion, Kooperationen etc.) engagieren.